

In der Gesellschaftspolitik hat die Schweiz noch Potenzial. Foto: Radikal



## Mehr Fortschritt wagen

Gesellschaftspolitischer Vergleich Deutschland-Schweiz

«Mehr Fortschritt wagen» – unter diesem Motto steht der Koalitionsvertrag des deutschen Regierungsbündnisses, bestehend aus FDP, SPD und den Grünen. Drei gesellschaftsliberale Forderungen wurden massgeblich von den Freien Demokraten geprägt, nämlich die Anpassung der Blutspende-Zulassungskriterien, die originäre Mutterschaft bei gleichgeschlechtlichen Paaren und die Verantwortungsgemeinschaft. Auch bei uns in der Schweiz wird fortschrittliche Politik von der FDP. Die Liberalen geprägt, weshalb sich ein Blick auf die Forderungen unserer Nachbarn im Kontext der Schweiz lohnt.

Blutspenden werden täglich benötigt und retten Leben. Blut scheint ein rares Gut zu sein – denn bei sechs von acht Blutgruppen ist der Blutvorrat kritisch. Spender unterstehen zur Gewährleistung der Sicherheit der Empfänger strengen Zulassungskriterien. Aktuell gilt für homo- und bisexuelle Männer zwölf Monate Enthaltensamkeit als zwingendes Zulassungskriterium. Anders ist dies für Frauen und heterosexuelle Männer, bei ihnen sind die Kriterien weniger streng. Die deutsche FDP konnte im Koalitionsvertrag ihre Forderung geltend machen, dass bei der Zulassung für Blutspender die Kriterien des sexuellen Kontaktes unabhängig vom Geschlecht gelten. Eine Ausweitung des Spenderpools und die Aufhebung des faktischen Spendeverbots für Männer in gleichgeschlechtlichen Beziehungen könnte einen wertvollen Beitrag dazu leisten, genügend Blutreserven bereitzustellen.

### Elternschaft

Aufgrund des Ja zur «Ehe für alle» wird die Familiengründung für zwei Frauen vereinfacht. Wird eine Frau in einer gleichgeschlechtlichen Ehe aufgrund einer Schweizer Samenspende Mutter, werden beide Ehefrauen als Eltern eingetragen. Bei einer Mutterschaft ohne Schweizer Samenbank jedoch muss das Paar das Verfahren der Stiefkindadoption durchlaufen, um beide Frauen als Eltern einzutragen. Wird eine verheiratete Frau Mutter, so gehen die Behörden in der Schweiz davon aus, dass der Ehemann der Vater ist. Die deutsche FDP konnte ihre Forderung geltend machen, dass dies bei gleichgeschlechtlichen Paaren gleichermassen gehandhabt wird. Wird ein Kind in eine Ehe von zwei Frauen geboren, werden beide als Eltern anerkannt. Diese Anpassung verringert die staatliche Einmischung, da der Schwangerschaftshergang

Privatsache bleibt. Aktuell ist in der Schweiz aber keine entsprechende Anpassung des Abstammungsrechts vorgesehen.

### Verantwortungsgemeinschaft

Während in der Schweiz im Laufe dieses Jahres die eingetragene Partnerschaft durch die Ehe abgelöst wird, gibt es im Ausland mit dem französischen Solidaritätspakt (Pacs) oder dem schwedischen «Sambo» alternative Rechtsformen zur gegenseitigen Absicherung. Auch die deutsche FDP fordert die Verantwortungsgemeinschaft, welche in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde. Diese Rechtsform adressiert nicht nur Liebespaare, sondern auch Nachbarn und Freunde, welche in gegenseitiger Verantwortung und Fürsorge stehen. Belange der Kinder, des Namensrechts und der Aufenthaltsbewilligung bleiben davon unberührt. Der Grundgedanke dabei ist, dass die privat organisierte Absicherung aus liberaler Sicht besser ist als die staatliche Absicherung. Ein «Pacs» nach Schweizer Art wurde bereits 2015 in einem Postulat von Ständerat Andrea Caroni gefordert. Dies zeigt, dass gesellschaftsliberale Ideen auch in der Schweiz heiss diskutiert werden. Die FDP als Partei des Fortschritts hat hier die Chance, diese massgeblich voranzutreiben und mitzugestalten.

**Jill Nussbaumer**  
Kommunikation RADIGAL und Kantonsrätin ZG